

liegt, daß
und Grund-
eigen bleibt
Kapital
gt
Einkommen
den
zialisten
Stimme.

Die
ehemaligen
Diga-
grenadiere
effen sich am
Samstag,
ts., abends
amerad Emil
in „Ehren“.
Fernsehenden
eingeladen.
B.

Stimmer
b. Klavier-
er Stuttgart
Woche in die
nen höchst er-
höflichste ds.

GER
zogen
straße 4
kräftig
me
ork-
nge
6 Pfg.
ringe
5 Pfg.
me
ringe
5 Pfg.
me
ge
offen
abatt

icken
ämpfe und
fe, Westen
lover.
unt entgegen
Schoenen
gerstraße 4.

ius-
neum
Serva
cher 120

gesucht.
on 15 bis 20
Land w.
wenn auch
Größ. An-
geleitet wer-
nebst Preis-
Nr. 278
stelle ds. Bl.

enfen
alle werden
billig repa-
Schlosserei
smühl

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerechtfertigt
für beide Teile ist Calw



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Der internationale Abrüstungskongreß in Paris

Frankreichs Standpunkt gleichgeblieben — Wüste Lärm- und Prügelzonen

II. Paris, 27. Nov. Die große öffentliche Abrüstungs-
kundgebung in dem mit den Farben aller beteiligten Länder
geschmückten Riesensaal des „Trocadero“ begann am Freitag
um 21.30 Uhr MES. unter dem Vorsitz Herrriots. Wie
ein um die Rundung der Kuppeln herumlaufendes Band
in Niesenbuchstaben verkündete, nahmen an der Versammlung
1043 Vertreter von 302 Verbänden aus 30 verschiedenen
Ländern teil. Der mehr als 5000 Personen fassende Raum
war nahezu bis auf den letzten Platz besetzt. Schon die kurze
Eröffnungsansprache Herrriots wurde durch Protestrufe und
Gegenkundgebungen minutenlang unterbrochen. Von der
Kuppelgalerie erklangen immer wieder „Nieder-Rufe“, die
von starkem Lärm gefolgt waren. Der größte Teil der Reden
ging im Lärm unter und erst am Schluß konnte sich der Bei-
fall der Anhänger durchsetzen. Im Anschluß daran versuchten
die Vertreter der konfessionellen Verbände sich Gehör zu ver-
schaffen, was jedoch nur zum Teil gelang. Ausgesperrte Ruhe-
störer versuchten durch die Seitentüren in die Logen ein-
zudringen und vergrößerten den Tumult durch dauerndes
Klopfen an die Wände. Von der Botschaft des Pariser Erz-
bischofs, Kardinal Verdiers, wurde nichts vernommen, da
Sprechstühle jede Verständigung unmöglich machten. Kaum
eine halbe Stunde nach Eröffnung der Sitzung entwickelte
sich bereits eine heftige Prügelei in einer Seitenloge, die
vom Publikum mit lebhaftester Parteinahme verfolgt
wurde. Die Polizei entfernte einige Nadelsticker. Ein alter
Herr wurde von jungen Burschen bedrängt und zu Boden
geschlagen, worauf er an die Versammlung eine Ansprache
hielt. Auch die Worte der Generalsekretärin der Kundgebung,
Fräulein Weiss, blieben ungehört, da die Galerie sich in
Bissen und Sahnengeschrei gielte. Dazwischen wurden ab-
wechsend die Marxklausen und andere Nieder gesungen.

Als der deutsche Reichstagsabgeordnete Joss das Wort
erhielt, erhebt sich ein durch Sprechstühle unterstütztes Pfeif-
konzert, das jeden Laut verschlang. Der Tumult erreichte
einen aller Erfahrung spottenden Höhepunkt. Die Prügel-
szenen nahmen immer tollere Formen an. Kein Mensch
mehr hörte auf den Redner, so daß der Reichstagsabgeord-
nete Joss eine Unterbrechung eintreten lassen mußte und
erst fortfuhr, als einigermaßen Ruhe eingetreten war. Joss
führte u. a. an: Kein Volk könne ein aufrichtigeres Bedürf-
nis nach einem positiven Ausgang der allgemeinen Ab-
rüstungskonferenz des nächsten Jahres haben als das deut-
sche, denn das deutsche Volk habe aufgrund der Bestimmungen
des Versailler Vertrags die eigene Abrüstung bereits
seit vielen Jahren durchgeführt. Es habe durch seine Ab-
rüstung eine Vorleistung auf die allgemeine Abrüstung voll-
zogen, auf die das deutsche Volk in all seinen Schichten seit
Jahren warte. Mit tiefer Besorgnis sehe das deutsche Volk,
daß inner- und außerhalb Europas immer gewaltigere Men-
gen von Kriegsmaterial und von Rüstungen jeder Art auf-
gehäuft würden, denke mit größter Sorge an die Möglichkeit
künftiger Konflikte. Deshalb erhebe das deutsche Volk seine
Stimme in dem selbstverständlichen Verlangen, daß die Ab-
rüstungskonferenz des nächsten Jahres eine wirkliche und
bedeutungsvolle Herabsetzung der Rüstungen mit sich bringen und
daß es künftig keinen Rechtsunterschied mehr gebe zwischen
abgerüsteten und nicht abgerüsteten Staaten. Friede und
Sicherheit würden unüberwindliche Barrieren bleiben, solange nicht
ehrliche und durchgreifende Abrüstung aller Völker ihnen die
wirkliche Grundlage gegeben habe.

Fast ebenso unfreundlich wurde der italienische Redner
Senator Scialoja aufgenommen, doch ebte die Erregung im
Saale langsam ab.

Vord Cecil wurde als Sprecher Englands mit starkem
Beifall empfangen, doch erregte er sofort die Unzufrieden-
heit der Massen, als er englisch sprach. Immerhin verschaffte
sein bekannter Name ihm Gehör.

Ungeheurer, nicht endenwollender Beifall empfing und
begleitete den Hauptredner Frankreichs, Painlevé, des-
sen Eintreten für die französische Abrüstungstheorie am Don-
nerstagabend durch die Presse bekannt geworden war. Heftige
Unruhe entstand wiederum, als Pichot eine allgemeine,
gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung forderte sowie für
die Schaffung einer internationalen Polizeiaruppe eintrat.
Wiederum ertönte die Marxklausen und die Prügelei im Saal
flammte erneut auf. Pfeife schrillten, das wüste Treiben
machte jede Verständigung unmöglich. Aus der Abrüstungs-
versammlung wurde ein Tollhaus.

Reichstagsabgeordneter Schreiber auf der Abrüstungstagung
in Paris

II. Paris, 27. Nov. Auf der letzten der drei, anläßlich
der Abrüstungskundgebung im „Trocadero“ abgehaltenen
Versammlungen hielt der Reichstagsabgeordnete Prälat Pro-
fessor Dr. Schreiber eine große Rede, in der er die
Notwendigkeit einer schnellen Lösung der Abrüstungsfrage

vom menschlichen, europäischen und deutschen Standpunkt
belehrtete. Schreiber wies auf den die Welt heute erfüllenden
Pessimismus hin, der in dem durch das Beträtsen ver-
anlaßten und gesteigerten Mißtrauen einen seiner Haupt-
gründe habe. Die übersteigerten Rüstungen vieler Staaten,
die ungeheure Masse von Kriegs- und Nordwerkzeugen
ständen wie eine große Drohung vor den Augen der Mensch-
heit. Alles, was durch Gründung des Völkerbunds, durch
Locarno-Vertrag, Kellogg-Vertrag und Entwicklung der
Schiedsgerichtsbarkeit für die Sicherung des Friedens und
Stärkung des Verirans erreicht worden sei, drohe ver-
loren zu gehen, wenn nicht schleunigst den lauernden Göt-
tern des Krieges ein entscheidender Teil ihrer Waffen ge-
nommen werde. Jeder Ausbau des Völkerrechts, alle zur
Sicherung des Friedens abgeschlossenen Abkommen blieben
wert- und wirkungslos, wenn das Beträtsen andauere.
Das Beträtsen gefährde den Frieden. Wenn der Völker-
bund in das allgemeine Mißtrauen und die Weltstimmung
des Pessimismus einbezogen werde, so hauptsächlich des-
wegen, weil seine Bemühungen um die Abrüstung bisher
ohne praktisches Ergebnis geblieben seien. Obwohl Briand
bei Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vor fünf Jah-
ren ausgerufen habe: „Weg mit den Kanonen, weg mit den
Gewehren!“ sei die Zahl der Kriegs- und Nordwerkzeuge
jeder Art nur immer gestiegen. Am sinnfälligsten sei dies
bei der Aufrüstung. Während in Genf über den Ausbau
einer Friedensorganisation der Welt gearbeitet werde, werde
von den Generalstäben die größte und furchtbarste Unmen-
schlichkeit des Krieges vorbereitet, die es je gegeben habe. Es
sei eine schwere Anklage gegen den Völkerbund, daß der
Gedanke des Rüstungsstillstandes, den schon die Völkerbunds-
versammlung von 1920 gefordert habe, erst 1931 verwirklicht
worden sei. Die Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres

Der Haushaltsauschuß im Reichstag

Ausführungen von den Ministern Dietrich und Schiele — Verbilligte Lebensmittel

Der Haushaltsauschuß des Reichstags wählte am Frei-
tag anstelle des bisherigen stellvertretenden nationalsozial-
istischen Vorsitzenden Abg. Reinhardt den Abgeordneten
Dr. Cremer (DVP.) zum stellvertretenden Vorsitzenden.
Dann beriet der Auschuß Fragen einer zusätzlichen Winter-
hilfe. Abg. Dr. Cremer erklärte zunächst, daß eine Be-
ratung über die Winterhilfe, die erhebliche finanzielle Mittel
erfordern werde, nicht möglich sei, ehe nicht die Regierung
dem Auschuß Auskunft über die Finanzlage gegeben habe.
Da die Regierung zu einer solchen Auskunft noch nicht be-
reit sei, könnten sich die Vertreter der Deutschen Volkspartei
an der Beratung nicht beteiligen. Das beziehe sich jedoch nur
auf die Besprechung der Winterhilfe.

II. Berlin, 28. Nov. Reichsernährungsminister Schiele
wies zunächst auf die Bedeutung der einzelnen Lebensmit-
terzeugnisse hin. Etwa 28 v. H. der Ernährungsausgaben
entfielen auf Fleisch und tierische Fette, 15—20 v. H. auf
Brot- und sonstige Backwaren, 14 v. H. auf Milch und
Molkereierzeugnisse und 35—4 Prozent auf Kartoffeln. In
Berlin werde z. B. an Minderbemittelte Erwerbslose auf
Grund von Abmachungen zwischen Groß- und Kleinhandel
ein Zentner Kartoffeln zu einem um 80—90 Pfennig ver-
billigten Preis abgegeben. Ähnlich sei es in anderen Städ-
ten. In fast allen Großstädten sei auch der Brotpreis für
Erwerbslose gesenkt worden. Die Reichsregierung sei be-
strebt, eine Kürzung der Spanne im Brotpreis allgemein
herbeizuführen. Der Minister ging dann besonders auf die
Frage einer Verbilligungsaktion für Frischfleisch zugunsten
der Erwerbslosen ein. Handelspolitische Maßnahmen hätten,
da der Schweinebestand von 25 Millionen Stück um 5 Mil-
lionen und der Rinderbestand um eine halbe Million zu
hoch sei, für die Gestaltung des Viehmarktes nur geringe
Bedeutung. In den ersten neun Monaten d. J. seien ins-
gesamt je Kopf der Bevölkerung 70 Gramm weniger Fleisch
verzehrt worden als im Vorjahr. Trotz dieses Minder-
verzehrs an Fleisch seien etwa 2 Millionen Schweine mehr
verbraucht worden, so daß dadurch etwa 5—600 000 Rinder
weniger verbraucht worden seien. Wenn man für etwa
5 Millionen Unterstützungsempfänger das Pfund Fleisch
um 30 Pfennig für die Dauer von 3 Monaten verbillige,
so erwachse damit dem Reich eine Belastung von etwa
15 Millionen Mark. Diese Summe würde vom Reichsernäh-
rungsministerium aus den Mitteln des Maismonopols vom
Diskommissar und vom Reichsfinanzminister getragen wer-
den. Dieser löse damit auch das Versprechen ein, eine Ver-
billigungsaktion für einheimisches Frischfleisch als Ersatz
für die Gefrierfleischzufuhr in die Wege zu leiten.

Tages-Spiegel

Auf der Pariser Abrüstungsversammlung, die die mora-
lische Vorbereitung der Abrüstung übernehmen soll, sind
wüste Lärm- und Prügelzonen vorgekommen.

Im Haushaltsauschuß des Reichstags wurde die Winter-
hilfe für Erwerbslose beraten, wobei eine Verbilligung
von Kohlen, Fleisch und Brot angekündigt wurde. Die
Reichsminister Dietrich und Schiele machten eingehende
Ausführungen.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat in einer Berliner
Zentrumsversammlung über Lohnfragen, Sozialversiche-
rung und die Wirtschaft gesprochen.

Das Reichsjustizministerium veröffentlicht aufklärende Aus-
führungen über die Vorfälle in Hessen.

In Zinkenburg hat ein Freiwiliger 4 Frauen und Mädchen
niedergeschossen und sich dann selbst der Polizei gestellt.

müsse dem Rüstungsstillstand eine einschneidende Rüstungs-
verminderung folgen lassen. Nur dann könne man sagen,
daß die Völkerbundsmitglieder mit den Verpflichtungen
des Artikels 8 der Satzung ernst zu machen begonnen hätten.
Die Abrüstung könne nur allgemein oder gar nicht sein.
Es könne hinsichtlich der Abrüstungsfrage nicht länger Staa-
ten zweierlei Rechts geben. Der Grundgedanke des Völker-
bundes, der ein Bund freier und gleichberechtigter Völker
sei, stehe dem entgegen. „Die Zeit drängt, wir können nicht
länger warten, der Boden Europas schwankt unter unseren
Füßen. Das Gefühl, daß wir wieder auf feinem Boden stehen,
die Sicherheit können wir nur erreichen, wenn wir die Ab-
rüstung, die allgemeine und gleiche Abrüstung aller Völker
schnell und durchgreifend verwirklichen.“

Reichsfinanzminister Dietrich betonte, für die Erklärung
der DVP. habe er insofern Verständnis, als es schwer
möglich sei, über eine neue Belastung der Finanzen zu
sprechen, solange über die Gestaltung der öffentlichen Finanzen
in Reich, Ländern und Gemeinden und bei den sozialen
Versicherungsträgern noch Verhandlungen schwebten. Vom
Standpunkt seines Ministeriums müsse er wünschen, daß
augenblicklich die Reichsfinanzen durch die Winterhilfe nicht
groß belastet würden. Zur Verbilligung der Kohlenpreise,
bei der es sich um die Ergänzung einer privaten Aktion han-
delt, seien Maßnahmen in die Wege geleitet, deren Ergebnis
noch unübersichtlich sei. Einige Kohlenbezirke hätten zu-
gesetzt, Kohlen kostenlos zu liefern, andere zu verbilligten
Preisen. Ins Gewicht fielen hierbei die Frachten. Die bei
Berlin gewonnene Braunkohle verursache keine hohen
Frachtkosten nach Berlin. Dagegen betrügen die Frachtkosten
für Ruhrkohle nach Berlin 14 Mark je Tonne. Die Ruhr-
kohlenindustrie habe eine Million Tonnen zu 10 Mark zur
Verfügung gestellt, so daß der Zentner 50 Pfennig kosten
würde. Wenn eine Familie 10 Zentner bekomme, so würden
diese eine Million Tonnen für 2 Millionen Familien aus-
reichen. Berücksichtige man die Hilfe der anderen Reviere,
so könnten über 2 Millionen Tonnen verbilligt an Erwerbs-
lose abgegeben werden. Das Reich sei bereit, noch 12 Mil-
lionen Reichsmark bereitzustellen, um die freiwillige Aktion
der Kohlenindustrie zu verstärken. So würde es möglich sein,
die 2 Millionen Tonnen Kohle aus den verschiedenen Re-
viere noch einmal um 6 Mark die Tonne zu verbilligen.
Er persönlich sei der Meinung, daß eine Reichsaktion zur
Verbilligung von Lebensmitteln für Erwerbslose nur noch
beim Fleisch eingeleitet werden müsse.

Die Christlichen Gewerkschaften zur gegenwärtigen Lage

II. Berlin, 27. Nov. Der Vorstand des Gesamtverbandes
der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat sich heute
in einer bringenden Eingabe an die Reichsregierung ge-
wandt. In der Eingabe werden die Gesichtspunkte ins Auge
gerückt, die bei den Maßnahmen der Reichsregierung be-
rücksichtigt werden müßten. Es wird darin u. a. ausgeführt,
daß es ein Irrtum sei, daß durch die bloße Senkung der
Löhne und Gehälter die Preise in entsprechendem Ausmaße
von selbst fielen. Die Preise sind längst nicht dem vor mehr
als Jahresfrist eingeleiteten Absinken der Löhne in hinreichen-
dem Maße gefolgt. Bei angefallenen Vergleichen wird meist
anher Acht gelassen, daß die tarifmäßigen Stundenlöhne kei-
nen zuverlässigen Vergleichsmassstab abgeben. Es kommt auf
den Effektiverdienst an, und dieser ist in weit stärkerem
Maße gesunken, als der Gesamtlebenshaltungsinde.

Volkspartei und Zinsproblem

II. Berlin, 27. Nov. In der Donnerstagssitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wurde einstimmig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß alle Pläne einer z w a n g s w e i s e n Senkung der Zinsen oder der Einführung einer neuen direkten Steuer zum Zwecke der Zinsverbilligung wegen der damit verbundenen schweren Wirtschaftsschäden entschieden abzulehnen seien. Auf der anderen Seite sei man sich darüber klar, daß es wünschenswert wäre, ein einfaches Verfahren einzuführen, das die Möglichkeit einer freiwilligen Vereinigung der Kapital- oder Kreditverhältnisse wirtschaftlicher Unternehmungen und Körperschaften und möglichst weitgehenden Schutz der kleinen Gläubiger biete.

Schutz für die Landwirtschaft

Ausdehnung von Osthilfeverordnungen auf das Reich

II. Berlin, 27. Nov. Das Reichskabinett befaßte sich am Donnerstag mit Fragen der Ausdehnung gewisser Grundstücke der letzten Osthilfeverordnung zu Allgemeinen Maßnahmen für das ganze Reich, ein Fragenbereich, auf den sich auch Äußerungen des Reichsministers Schlangenschnöden im Haushaltsausschuß des Reichstags bezogen.

Schwierige Finanzlage in Mecklenburg-Strelitz

Die Auszahlung der Beamtengehälter gefährdet

— Neu-Strelitz, 27. Nov. Im mecklenburg-strelitzischen Landtag gab Ministerpräsident Freiherr Dr. von Reibnitz eine Regierungserklärung ab, in der er darauf hinwies, daß er dem Landtag schon vor einigen Monaten vorgeschlagen habe, den Anschluß an Preußen zu vollziehen. Inzwischen seien die Schwierigkeiten des Landes größer geworden. Der Monatsernte werde nicht mehr fern sein, an dem die Staatsregierung nicht mehr in der Lage sei, die Beamtengehälter auszuzahlen. Die Staatsregierung halte es für geboten, daß der Haushaltsausschuß des Landtags sich beschleunigt mit der Finanzlage des Staates beschäftigt.

Wegen eines Krankenhausesneubaus kam es dann zu Gegenständen im Regierungslager. Die deutschnationale Fraktion brachte gegen den sozialdemokratischen Minister von Reibnitz einen Mißtrauensantrag ein. Bei der Abstimmung unterlag die Regierung, da die bürgerliche Mitte mit der Rechten stimmte. Die Entscheidung über die Regierung der Großen Koalition wird in der in einer Woche folgenden zweiten Sitzung des Landtages fallen.

Die Sozialversicherungen

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages schilberte ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ausführlich die jetzige Lage der Sozialversicherung. Zur Zeit liefen 2,3 Millionen Invalidenrenten, 670 000 Witwen- und etwa 610 000 Waisenrenten. Die Invalidenversicherung, die 1930 noch 56 Millionen Ueberschuß gehabt hätte, ließe infolge von Leistungsteigerung und Beitragsrückgang für 1931 einen Geschäftsbetrag von 210 Millionen und für 1932 einen solchen von 205 Millionen erwarten. Infolgedessen werde das Vermögen der Invalidenversicherung von 1 637 000 000 RM. im Jahre 1931 etwa auf 1 420 000 000 sinken. Die Landesversicherungsanstalten müssen jetzt etwa 18 Millionen und 1932 etwa 22 Millionen RM. monatlich zuschießen. Dabei sei der Vermögensverlust durch Verminderung der Vermögensanlagen unberücksichtigt. In der Unfallversicherung liefen zur Zeit etwa 800 000 Verletzten- und 200 000 Hinterbliebenenrenten. In der Krankenversicherung hätten sich von 1924-29 die Einnahmen und Ausgaben etwa verdoppelt. Seit 1930 gingen beide ständig zurück. Am stärksten sei der Rückgang beim Krankengeld. Bei der Angestelltenversicherung verschärfte sich der 1931 eingesezte Beitragsrückgang von Monat zu Monat. Trotzdem habe diese Versicherung noch erhebliche Ueberschüsse. In der Knappschaftlichen Pensionsversicherung werde der Haushaltsausgleich durch den starken Rückgang der Beiträge bedroht. Die Arbeiterpensionskasse habe seit 1925 288 000 Mitglieder verloren. Der Regierungsvorstand betonte sodann, es müsse Hauptaufgabe werden, zu verfügen, daß das Vermögen der Invalidenversicherung bei einem ungünstigen Kursstand verschleudert werden müsse. Eine Beitragserhöhung in der Invalidenversicherung sei jetzt nicht möglich. Ueber die Beseitigung organisatorischer Mängel der Sozialversicherung werde den gesetzgebenden Körperschaften ein Gesetzentwurf zugehen.

Eine vom Ausschuß angenommene Entschließung ersucht die Regierung um Maßnahmen, die den notleidenden Landesversicherungsanstalten die Flüssigmachung von Vermögensbeständen ermöglichen.

Gehälter und Pensionen

Im Haushaltsausschuß, wo Anträge über Beamtengehälterkürzungen zur Beratung standen, teilte im Verlauf der Aussprache über diese Anträge ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums auf Anfrage mit, es sei ihm nichts bekannt, ob und welche Pläne die Reichsregierung hinsichtlich einer neuen Gehaltskürzung habe. Von den Christlichsozialen wurde beantragt, gegebenenfalls durch Notverordnung zu bestimmen, daß Körperschaften des öffentlichen Rechts nicht höhere Gehälter als die der Reichsminister auszahlen dürfen. Nebenbezüge und Zuwendungen jeglicher Art sollen 15 Prozent der Gehälter nicht überschreiten. Umgehungen seien unter Strafe zu stellen. Ferner soll nach dem Antrag für Körperschaften des öffentlichen Rechts verboten werden, Aufträge an Großbetriebe, Verbände oder Banken zu geben, die nicht den Nachweis geliefert haben, daß sie bei Angestellten, deren Bezüge die der Reichsminister überschreiten, eine vom Reichsfinanzminister zu bestimmende prozentuale Minderung haben eintreten lassen. Man könne den breiten Schichten die schweren Opfer nur auferlegen, wenn man auch die hohen Gehälter treffe.

Bei der Abstimmung wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der eine Aenderung der Notverordnung vom 6. Oktober in folgendem Sinne verlangt: Die Herab-

setzung der Gehälter bei Einkommen über 12—20 000 RM. beträgt mindestens 20 v. H., bis 50 000 RM. 25 v. H., bis 100 000 RM. 30 v. H., bis 150 000 RM. 35 v. H., bis 200 000 Reichsmark 40 v. H., bis 250 000 RM. 45 v. H. und für noch höhere Einkommen 50 v. H. des über 12 000 RM. hinausgehenden Betrages. Eine Herabsetzung unter 12 000 RM. soll jedoch nicht erfolgen.

Der erwähnte Antrag der Christlichsozialen wurde mit Ausnahme des Schlussteils, der sich mit der Auftragsvergebung beschäftigt, gleichfalls angenommen.

Doch Vertagung der Abrüstungskonferenz?

Man gibt in Genf zu, daß die allgemein im Umlauf befindlichen Gerüchte über eine Vertagung der Abrüstungskonferenz sich auf gewisse Bestrebungen in einigen europäischen Hauptstädten stützen. Man hat hier den Eindruck, daß nicht nur die französischen, sondern auch die englischen Regierungskreise eine Vertagung der Konferenz auf Ende Mai anstrebten, da eine gleichzeitige Behandlung der Abrüstungs- und Reparationsfrage für die Regierungen eine allzu große Belastung bedeuten solle. Man hält es für möglich, daß gelegentlich der gegenwärtigen Ratstagung in Paris bereits eine vertrauliche Fühlungnahme zwischen dem Generalsekretär des Völkerbundes, den Vertretern Frankreichs, Englands und Amerikas in dieser Frage stattgefunden hat. An zuständiger leitender Stelle des Völkerbundsekretariats wird jedoch ausdrücklich festgestellt, daß bisher noch keine Anregung, auch nicht in inoffizieller Form, für eine Verschiebung der Abrüstungskonferenz gegeben worden sei.

Abrüstungskundgebung in Paris

II. Paris, 27. Nov. Der Pariser Kongreß für die Abrüstung hat seine Tagung am Donnerstag vormittag mit einer Studien Sitzung unter dem Vorsitz des Engländers Noel Baker begonnen. Die vier Hauptredner behandelten die Frage: „Warum Abrüsten?“ Die deutsche Reichstagsabgeordnete Frau Lüders arbeitete wirkungsvoll den Mangel an Gerechtigkeit heraus, der die Waffen des Vertrauens und der Offenheit nicht zur Wirksamkeit gelangen lasse. Man müsse endlich den moralischen Verdächtigungen ein Ende machen, mit denen man ganze Völker belastet habe. Gerade sie stellen einen Hauptgrund für die Unruhe und Verzweiflung dar, die die Grundlage der internationalen Gemeinschaft bedrohe. Die Frauen forderten die Abrüstung nicht aus Sentimentalität, sondern aus der bitter grausamen Erfahrung der Vergangenheit. Der Franzose Cassin sprach von der allgemeinen „Nüftungs Krankheit“ und forderte eine internationale Polizeimacht gegen die Geißel des Krieges. Der Pole Lednicki prägte den Satz: „Wir müssen abrüsten, um nicht zu töten und getötet zu werden.“ Der Griechische Politis entwickelte rein juristische Gedankengänge. In der Aussprache wurde von polnischer Seite die Einarbeitung des Sicherungsgebändens in die der Kundgebung zugrundeliegende Entschließung gefordert.

Unter dem Vorsitz des deutschen Staatssekretärs a. D. von Rheinbaben behandelte der Kongreß am Nachmittag die Frage: „Wann soll abgerüstet werden?“ Die meisten Redner antworteten mit einem klaren „Sofort!“, mit Ausnahme des früheren französischen Kriegsministers Painlevé, der sich zur alten französischen These „Erst Sicherheit, dann Abrüstung“ bekannte. Einen Sturm der Begeisterung entsetzte der Belgier Rollin, als er die französische Sicherheitsfestsche sehr scharf angriff. Alle Bemühungen würden umsonst sein, wenn die Regierungen fortführen, Waffen anzuhäufen.

Zaleski reist nach London

Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, hatte Außenminister Zaleski während seines Pariser Aufenthaltes mit dem englischen Außenminister Simon eine längere Aussprache. Als Ergebnis dieser Unterredung begibt sich Zaleski am 9. Dezember nach London, um der englischen Regierung einen offiziellen Besuch zu machen. Besonders sollen dabei wirtschaftliche und solche Fragen behandelt werden, die mit der Abrüstungskonferenz und den polnischen Vorbehalten in Zusammenhang stehen.

Kleine politische Nachrichten

Der Reichsrat hat einer Verordnung über die Beaufsichtigung der inländischen Privatrückversicherungsunternehmen zugestimmt. Eine Regelung über die Entschädigung der Schiffs-, Geschworenen- und Vertrauenspersonen, die der Reichsrat gleichfalls annahm, bestimmt, daß der Höchstbetrag der den Laienrichtern zu gewährenden Entschädigung den Säzen entspricht, die für die Reisen der Berufsrichter vorgesehen sind.

Zu den Anträgen auf Diätenkürzung für die Reichstagsabgeordneten hat der Aelterenrat eine Entschließung noch nicht gefaßt, weil er der Ansicht war, daß eine Aenderung der vom Reichstag selbst beschlossenen Diätengesetze auch nur wieder durch den Reichstag vorgenommen werden könne.



Die Front im Wirtschaftskampf
wird geschwächt durch unnötige Abhebungen der Spargelder.
Weitersparen heißt das Gebot der Stunde!
Oberamtsparkasse Calw

Drei Reichstagsabgeordnete zu der NSDAP. übergetreten. Die Gauleitung der NSDAP. Weimar teilt mit: Wie wir zuverlässig erfahren, hat der Direktor des Reichslandbundes, von Sybel, am 26. November seinen Uebertritt zur NSDAP. erklärt. Auch der Direktor des mecklenburgischen Landbundes, Dr. Wendhausen und Landwirt Sieber, Mitglied des Reichstags, beide führende Mitglieder der Reichstagsfraktion der Landvolkpartei sind zur NSDAP. übergetreten.

Schiedspruch im Ruhrbergbau. Die Lohnordnung im Ruhrbergbau ist durch Schiedspruch unverändert bis zum 31. Dezember 1931 verlängert worden. Die aus der alten Lohnordnung vom 29. September in Verbindung mit dem Wegfall der Arbeitslosenversicherungsanteile sich ergebende Entlastung des Ruhrbergbaues beläuft sich auf insgesamt 8,6 v. H., also etwa 68 Pf. je Tonne.

Abg. Wittmaack-Magdeburg zum Präsidenten des Preuss. Landtags gewählt. Im Preuss. Landtag wurde am Freitag der Abg. Wittmaack-Magdeburg (Soz.) mit 250 Stimmen zum Präsidenten des Landtages gewählt. Der kommunistische Kandidat Kasper erhielt 93 Stimmen. 68 Zettel waren unbeschrieben und eine Reihe von Stimmen zerstückelt.

Deutsch-litauisches Abkommen über Fragen der Sozialversicherung im Memelgebiet. In Berlin ist von einer deutschen Abordnung, bestehend aus Vertretern des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsfinanzministeriums und des Auswärtigen Amtes und einer litauischen Abordnung ein Abkommen über Fragen der Sozialversicherung im Memelgebiet paraphiert worden.

Die Bemühungen des Völkerbundesrates. Wie aus Völkerbundskreisen bekannt wird, ist ein Ausschuß, bestehend aus Lord Cecil, Briand und Madariaga gebildet worden, der mit den streitenden Parteien im Mandchureikonflikt eine Entschließung ausarbeiten soll. Die versöhnlichere Haltung Chinas soll auf amerikanischen Druck zurückzuführen sein. Der japanische Vertreter hat dem Generalsekretär mitgeteilt, daß die Räumung Tsitsihar durch die japanischen Truppen am 24. November begonnen habe.

Niederlage der australischen Regierung. Die australische Regierung hat im Kampf um die Erwerbslosenunterstützung im Parlament eine schwere Niederlage erlitten. Sie erhielt bei der Abstimmung nur 32 Stimmen gegen 37 der Opposition. Die Regierung ist zurückgetreten und die Auflösung des Parlaments angeordnet worden.

General Ma will Frieden schließen. General Ma soll sich entschlossen haben, mit den chinesischen Generalen, die auf japanischer Seite stehen, Frieden zu schließen. Ma soll an den Gouverneur von Tsitsihar, General Tschangschinghui, einen Brief geschrieben haben, worin er seine Zustimmung zu dessen Verwaltung ausdrückt.

Eisenbahnunfall in Sachsen

II. Dresden, 27. Nov. Am Donnerstag gegen 12.50 Uhr entgleiste zwischen Oberhsaar und Oberdittmannsdorf auf der Strecke Dresden-Wilsdruff ein Nachgüterzug mit Lokomotive und vier Wagen. Die Strecke ist auf etwa 6 Stunden gesperrt. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet, der Schaffner verletzt.

Katastrophenmeldungen aus Polen

II. Warschau, 27. Nov. Im Keller einer Warschauer Mietkaserne brach in der Nacht zum Donnerstag ein Gasrohr, wodurch die unteren Räume des Hauses völlig vergast wurden. Sechs Personen, die in diesen Räumen wohnten, wurden tot aufgefunden. Fünf Personen, darunter zwei Kinder, mußten mit schweren Gasvergiftungen in das Krankenhaus überführt werden. Es wird angenommen, daß es sich um einen Racheakt eines Mieters handelt, der mit den Hausbewohnern seit längerer Zeit in Streit lag.

Ein furchtbares Unglück, dem fünf Personen zum Opfer fielen, ereignete sich am Mittwoch in der Wohnung des Kraftwagenführers Osuchowski, durch dessen Unachtsamkeit ein Benzinbehälter explodierte. Die Explosion war so heftig, daß die Wände der Nachbarwohnungen eingerissen wurden und im Ru alles in hellen Flammen stand. Nach dreitägiger Rettungsarbeit gelang es der Feuerwehr, den Brand zu löschen. Unter den Trümmern der durch Explosion und Feuer zerstörten Wohnräume wurden die zum Teil verrosteten Leichen des Kraftwagenführers Osuchowski, seiner 68jährigen Schwester und seiner Frau, in den Nachbarräumen die Leichen einer Frau und eines 12jährigen Kindes gefunden. Drei weitere Kinder haben schwere Verletzungen davongetragen.

Aus aller Welt

Reisenerbschaft aus Amerika

Ein Gendarmereiwachmeister in Eugen (Bade) hat aus Amerika die Nachricht erhalten, daß ein Erbonkel von ihm, der vor vielen Jahren aus Deutschland ausgewandert und im Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten“ großes Glück gehabt hat, gestorben ist. Dieser Erbonkel hinterläßt ein Vermögen von 2 Millionen Dollar, und da er in Amerika keine direkten Erben hat, fällt das ganze Vermögen an seine Verwandten nach Deutschland. Es sollen 15 Erben sein, die sich über diese Erbschaft freuen können.

Was weiß Korinet?

Das Staatstheater Wiesbaden wird demnächst ein Stück von Rudolf Robert „Was weiß Korinet?“ zur Uraufführung bringen. Da wie verlautet in diesem Stück die Gebrüder Sklarek eine gewisse Rolle spielen, hat der Rechtsbeistand von Max Sklarek von der Intendantur des Staatstheaters die Einstellung der Proben für das Stück verlangt. Sollte dem Einspruch nicht Rechnung getragen werden, so würde eine richterliche Verfügung erwirkt. Das Staatstheater hat den Protest unbeachtet gelassen.

100 000 RM. bei der Zweigstelle Nürnberg der Stadtparkasse Koburg unterschlagen

Bei der Zweigstelle Nürnberg der städtischen Sparkasse Koburg sind Unterschlagungen in Höhe von etwa 100 000 Reichsmark vorgekommen. Die Unterschlagungen hat der Angestellte der Stadt. Sparkasse Schmidt begangen, der sich zur Zeit in Untersuchungshaft befindet.



Für die Dame

Damen-Mäntel
aus reinwollenen Diagonal-Stoffen, in allen neuen Farben, mit großem Pelzkragen, sehr gute Verarbeitung **975**

Damenmäntel
fresche Fassons, aus gemustertem Velour, in den modernen Farben, mit großem Pelzkragen und ganz gefüttert **1975**

Damen-Mäntel
aparte hochwertige Ware, aus reinwollenem schweren Diagonal, großer Pelz-Schalkragen, aus Nerzlamme, in den Modifarben grün, blau, braun und schwarz **2975**

Elegante Damen-Mäntel
in Marengo sowie braun, grün, blau u. schwarz, mit großem Pelz-Schalkragen, garantiert gute Paßform, beste Verarbeitung **3800**

Damen-Mäntel
hochelegante Macharten, aus den hochwertigen Stoffen, Diagonal, Velour, Bouclé und Drappé, mit Skunks-Opossum-Kragen, auf prima Seide gefüttert **5800**

Tweed-Kleider
dunkel gemustert, mit weißer Garnitur und Ledergürtel, in den Größen 40-48 besonders preiswert **590**

Woll-Kleider
reine Wolle, einfarbig, mod. Aufmachung, reizende Garnituren, in aparten Farbstellungen **890**

Afgalaine-Kleider
flottes, vornehm wirkendes Kleid, in prima reinw. Ware, reich garniert, beste moderne Verarbeitung **1650**

Für das Kind

Kinder-Kleidchen
in gemustertem Waschsamt, Hänger-Form, mit Passe u. weißem Ripskragen, in den Längen 45-60 **295**

Kinder-Kleider
reine Wolle, kariert, reizende Dessins, in den Längen 45-55 **495**

Kinder-Mäntel
Welliné, in den Farben blau, rose und weiß, in der Länge 45 **395**
jede weitere Größe 50 Pfg. mehr

Kinder-Mäntel
aus gemustertem Diagonal, mit Pelzkragen, Taschen und Gürtel, in Länge 60 **980**
jede weitere Größe 75 Pfg. mehr



Für den Herrn

Uebergangsmantel
wasserdurchlässig mit moderner Stoffbezüge, garantiert wasserdicht **975**

Herren-Ulster
2-reihige Form mit Rund- od. Rückensurt, aus mod. gemusterten Stoffen, ein richtiggehender Strapsier-Ulster **1950**

Herren-Ulster
weiche schöne Flauchqualität in grauen und blaugrauen Farben, modern gemustert, auf Kunstseide gesteppt **2500**

Herren-Ulster-Paletot
eine Wolle, ganz auf glatter Kunstseide gefüttert **2800**

Herren-Ulster
erprobte Stoffe, neue Farben, neue Diagonal-Musterung, Absseite mit der beliebten Kunstseiden-Bordüre verarbeitet **3800**

Herren-Ulster-Paletot
eleg. Ausführung, Diagonal-Muster auf glatter Kunstseide gefüttert, tailliert mit und ohne Samtkragen zu tragen **4800**

Herren-Paletot
2-reihig, mit Samtkragen, ganz auf Kunstseide gearbeitet **2800**

Herren-Anzug
blau, garantiert reines Kammgarn, auf Luster oder Kunstseide gefüttert **2800**

Herren-Hosen
in enormer Auswahl
650 590 490 390 290 195

KNOPE PFORZHEIM

Schriftliche und telefonisch bestellte Waren werden prompt erledigt. Gekaufte Waren werden kostenlos mit unserem Auto zugestellt.

SCHIEDMAYER

PIANOFORTEFABRIK STUTTGART
zu den Verkaufsräumen mit den 5 Schaufenstern nur in
Neckarstraße 12 Eckhaus
Tel. 26841-42
Miete, Gebrauchte Instrumente - Tausch, Stimmungen, Teilzahlungen
Flügel Pianinos Harmonium
Weltberühmte Tonschönheit und Dauerhaftigkeit

Wer sucht Geld?
Ab 500 M. in jed. Höhe.
Keine Vermittlung. Aus-
kunft kostentl. durch D. Sigle,
Pforzheim. Klehnleir. 4.
Nachw. lfd. Auszahlung.
unserer Interessenten.

Braunes
Hafermehl
Hagenbutter-
kerne
empfiehlt
F. Nonnenmacher

Wie
sollen die Leute es erfahren, daß Sie etwas zu verkaufen haben, wenn Sie es nicht bekannt machen
?
Geben Sie noch heute eine kleine Anzeige im Calwer Tagblatt auf. Sie werden von dem Erfolg überrascht sein.

In gutem, ruhigen Hause eine
3 oder 4-Zimmer-
Wohnung
sofort oder später mit oder ohne Gartenanteil zu vermieten.
Gebr. Schlanderer
Unterreichenbach
Kleineres
Cello
verkauft
H. Schaudt
Hermann-Haffnerstr. 14
Stiefau.
Möbliertes helzbares
Zimmer
sowie leeres Zimmer
sofort zu vermieten.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Rehrichleimer

in jeder Größe
empfiehlt
Carl Herzog
Eisenhandlung

Sonntag, den 29. November
Fußballwettspiele
Sportplatz Calwerhof
Sportverein Nagold I. — F. V. Calw I.
Beginn 3 Uhr
Vorspiel I. Jugendmannschaften

LICHTSPIELE BAD.-HOF, CALW
Morgen Sonntag, mittags 3 1/2 Uhr
abends 8 Uhr. Das große Filmwerk
Die Nachtwelt
Ein Film, der von der Bildstelle des Zentral-
instituts für Erziehung und Unterricht als
künstlerisch anerkannt wurde.
Mit Belprogramm: **Mit der Kamera durch Italien**

Heute Samstag
und morgen Sonntag
halte ich
Mehel-
Suppe
und lade hierzu höflichst ein
Hermann Giebenrath
zur „Post“.

Weihnachts-
Vorverkauf
bis 5. Dezember
AUF ALLE WAREN
10% Rabatt
Ausgenommen Marken- und Netto-Artikel.
Bei kleiner Anzahlung wird die Ware zurückgelegt
SIGMANN
PFORZHEIM Nur Leopoldstraße

Beamter sucht
3- od. 4-Zimmer-Wohnung
mit Zubehör.
Preisangebote unter K.R. 273
an die Geschäftsst. ds. Blattes.

Größere
Anzeigen
tags zuvor
aufgeben!

übergetre
t mit: Wie
Reichsland-
vertritt zur
bürgischen
eber, Mit-
der Reichs-
N.P. über-
dnung im
t bis zum
der alten
mit dem
ergebende
ingesamt
des Preuk.
m Freitag
Stimmen
munistische
waren un-
tert.
er Sozial-
von einer
es Reichs-
s und des
dnung ein
Memel-
aus Völ-
bestehend
et worden,
nftigt eine
e Haltung
hren sein.
mitgeteilt,
r Truppen
australische
erksühung
Sie erhielt
der Dppo-
Auflösung
Ma soll
ralen, die
Ma soll
schinguit,
stimmung
12.50 Uhr
sdorf auf
mit Voko-
Stunden
urden ge-
den
Barthauer
ein Was-
ölig ver-
wohnten,
ater zwei
in das
amen, daß
er mit
tag.
im Opfer
nung des
chfamkeit
so heftig,
wurden
dreihün-
en Brand
ofion und
Zell ver-
ft, seiner
Nachbar-
n Kindes
elkungen
) hat aus
von ihm,
te und im
id gehabt
Bermögen
ine direk-
Bervand-
sch über
ein Stüd
fführung
Bebrüder
sbeistand
stheaters
gt. Sollte
so würde
eater hat
tsparkasse
Sparkasse
a 100 000
hat der
t, der sich

Dr. Reinhold Bührlen
Studienassessor

Hilde Bührlen
geb. Hartmann

Vermählte

Eeslingen a. N. / Calw / La Paz (Bolivia) Casilla 605

28. November 1931

Gemeinderatswahl Zur Aufklärung!

Weil uns Bürger — darunter verstehen wir Angestellte, Arbeiter, Beamte, Gewerbetreibende, Industrielle und Angehörige der freien Berufe — hinsichtlich unserer Auffassung über die Aufgaben des Gemeinderats nichts trennt, haben sich die Bürgerpartei, die deutsche demokratische Partei und die deutsche Volkspartei unter Hinzuziehung von Angehörigen des christlichen Volksdienstes und der katholischen Gemeinde zu einem Bürgerverband zusammengeschlossen, um gemeinsam der Bürgerschaft geeignete Persönlichkeiten als Kandidaten zur bevorstehenden Gemeinderatswahl vorzuschlagen.

Das ist in vollem Maße gelungen; die Verhandlungen verliefen durchaus einmütig. Hierzu hat nicht zum mindesten die schwere Not der Zeit, die allen unseren Mitbürgern auf den Nägeln brennt, beigetragen.

Wir waren bestrebt, in unserem Vorschlag alle Berufe gleichmäßig zu berücksichtigen.

Um nun der Wählerschaft eine größere Auswahl an geeigneten Kandidaten zu bieten, haben wir uns auf 20 Namen geeinigt, die gleichmäßig in 2 Wahlvorschlägen untergebracht sind. Die Verteilung der Namen auf die beiden Wahlvorschläge und ihre Reihenfolge ist durch das Los bestimmt worden; sie ist also durchaus neutral.

Der Wähler ist in der Lage sich aus den von uns vorgeschlagenen 20 Namen diejenigen auszuwählen, die ihm für das Amt eines Stadtrats am geeignetsten und würdigsten erscheinen. Er hat die Möglichkeit einzelnen Kandidaten bis zu 3 Stimmen zu geben (Kumulieren) und innerhalb der beiden Wahlvorschläge Namen auszutauschen (Panachieren). Wir werden darauf noch ausführlich zurückkommen.

Schon heute rufen wir allen unsern Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu: Keines von Euch bleibe daheim; jedes wähle! Jedes trage dazu bei, daß Sparsamkeit und Verantwortungsbewußtsein auf dem Calwer Rathaus oberster Grundsatz bleibe. Dazu bieten alle von uns vorgeschlagenen Kandidaten Gewähr.

Der Bürgerverband

Zur Calwer Gemeinderatswahl

Für die Wahl eines Gemeinderates ist nach allgemeiner vernunftsprägender Ansicht die Persönlichkeit eines Mannes, dessen Charakterstärke und das Maß seiner Erfahrungen — das sollte man meinen — entscheidend. Die vor einigen Tagen bekannt gewordenen Wahlvorschläge zeigen jedoch, daß dieser Auffassung wenig entsprochen wurde und statt dem die Zugehörigkeit zu einer Partei, zu einer Interessengruppe, die Voraussetzung für den Wahlvorschlag bildet. Das hiedurch entstandene, ans Groteske grenzende Bild der Zersplitterung und der Gegenläufigkeit der Auffassungen ist nichts anderes als der Spiegel des allgemeinen Dilemma.

Besonders deutlich wird diese Erscheinung durch den Wahlvorschlag des hiesigen Hausfrauenvereins. Man ist der Auffassung, daß die Grundgedanken eines Hausfrauenvereins sich mit anderen Zielen befassen, als damit, die Aufgaben eines Gemeinderates mit denen eines Hausfrauenvereins zu verquicken. Man kann die Tatsache des Wahlvorschlages vom Hausfrauenverein als Wig wohl entschuldigen, aber für die Würde des Hausfrauenvereins wäre er besser unterblieben.

H. Perrot jr.

Wir haben erfahren, daß die Urhebererschaft des gestrigen Inserats in Bezug auf die N.S.D.A.P. der Sozialdemokratischen Partei in die Schuhe geschoben werden soll. Wir erklären, daß wir bei allen Veröffentlichungen stets verantwortlich zeichnen:

Sozialdem. Partei

Freiwillige
Sanitäts-
kolonne Calw

Heute abend 8 Uhr
Versammlung

im Lokal. (Versicherungsbeiträge mitbringen). Vollständig. Erscheinen unbedingt erforderlich. (Uniform.) R.

Schauspielhaus
Pforzheim

Sonntag, 29. Nov.
Nachmittags 3 1/2 Uhr
und abends 7 1/2 Uhr

Im weißen Rößl

Ende 6 1/2 Uhr - 10 1/2 Uhr
Kleine Preise

Hallo 311!

Empfehle meine
4-5- und 6-7-Sitzer

für Nah-
und Fernfahrten

Preisberechnung kostenlos

Autovermietung
Schmid.

Adventskerzen

in allen Größen und Farben

Kerzenhalter

in großer Auswahl empfiehlt

R. Hauber



Stadt.
Hausfrauen-Berein Calw

Am Montag, den 30. Nov. 1931, abends 8 Uhr
findet im Hotel Adler eine

Wahl- Versammlung

statt, wozu wir die Mitglieder und Freunde unseres Vereins
herzlich einladen.

Hüte - Mützen

in Qualität das Beste,
in Form und Farbe elegant,
im Preise wirklich billig!



Schrempf

Pforzheim, Westliche 22



Photo-Arbeiten

werden sauber
u. fachgemäß ausgeführt
in der

Ritter-Drogerie
Carl Bernsdorff

Mutterjorge

Ist es, die Wollfäden ihrer
Leben nachzusehen. Wir fertigen
neue an zu äußerst
niedrigen Preisen:

Damen-
und Kinderstrümpfe
Herrensokken, Samajaken
Spezialität: Handschuhe,
reine Feinwolle
Anstricken: Strümpfe und
Sokken einschl. Material
pro Paar RM. 1.50
Dreimäderlhaus
Stammheim, Och. Steige

Puppenherb gejucht

Größe und Preisangebote
unter C. N. 279 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes

Billig zu verkaufen:
in Eiche furnierten
Ausgüßisch u. Nähtisch,
ferner

Rüchenstühle, Hoher
und Fußhemel.
Jakob Roth, Schreiner
Bad Liebenzell
Schlegelrain 70.

Weihnachts-Geschenke

Wir empfehlen hierfür unsere Riesenlager:

Mäntel 12⁵⁰
aus einfarbigen Winterstoffen u. in englischer
Art 22.-, 16.-

Mäntel 19⁰⁰
aus guten Velourstoffen, in allen Farben, mit
reichem Pelzbesatz 32.-, 25.-

Kindermäntel 3⁵⁰
aus haltbaren Stoffen, in allen Farben
. 11.-, 6.50,

Morgenröcke 2⁵⁰
in warmen Flauchstoffen, in allen Farben
. 9.60, 5.90,

Samtkleider 7⁵⁰
neue Muster, in allen Farben, in den modernsten
Formen 11.-, 9.50,

Kleider 11⁰⁰
in Kunstseiden-Marocain und Veloutine
. 24.-, 16.-,

Krüger & Wolff

Das große Spezialhaus für Damenkonfektion

Herr Lehrer Gerstenbrey

verwaltet unsere

Zweigstelle in Liebelsberg

Württ. Landessparkasse



Unsere Zweigstellen vermitteln den Verkehr mit der Kassa
kostenlos. Sie nehmen Spareinlagen an, leisten Rückzahlungen,
geben Heimsparbüchsen ab, besorgen deren Leerung, vermitteln
den An- und Verkauf, sowie die Verwahrung von Wertpapieren und
erteilen Auskunft über Bausparverträge u. a.

Amtl. Bekanntmachungen

Stadtgemeinde Calw.

Viehzählung am 1. Dezember 1931.

Nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums
findet am 1. Dezember 1931 eine Zählung der Pferde,
Esel, Maultiere, des Rindviehs, der Schafe, Schweine,
Ziegen, Gänse, Enten, Hühner und Bienenstöcke und gleich-
zeitig eine Zählung der in der Zeit vom 1. Septbr. 1931
bis 30. Novbr. 1931 vorgenommenen Hauschlachtungen
von Schweinen und Ferkeln statt.

Jedermann, der Tiere vorgenannter Art besitzt oder
bezeichnete Hauschlachtungen vorgenommen hat, wird
aufgefordert, dem Zähler, der zu ihm ins Haus kommt,
genaue Angaben zu machen und falls bis zum Ablauf
des Zählungstags ein Zähler nicht erscheinen sollte, im
Laufe des 2. Dezember 1931 dem Bürgermeisteramt
— Zimmer 12 — unmittelbar mitzutellen.

Calw, den 28. November 1931.

Bürgermeisteramt: G h n e r.

Alle bei den bevorstehenden
Gemeinderats-

Wahlen

benötigten

Drucksachen

wie

Stimmzettel

Handzettel

Flugblätter

Plakate

erhalten Sie rasch und billig
von der Tagblatt-Druckerei.

Konkurs-Ausverkauf

Im Konkurs der Firma

Paul Ränckle in Calw

wird von heute an das

gesamte Warenlager

mit einem **Nachlaß von 20%**

ausverkauft

Calw, 28. November 1931.

Konkursverwalter: Bezirksnotar Grathwohl.